

Es besteht deshalb unsererseits keine Veranlassung, diese Entscheidung zu ändern, zumal immer offenkundiger wird, daß der westdeutsche Staat gegen den Willen des deutschen Volkes die friedliche und demokratische Wiedervereinigung hintertreibt und auf deutschem Boden einen Atomkrieg vorbereitet. Die Erhaltung des Friedens erfordert daher die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als des einzigen friedliebenden Staates in Deutschland. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch Sie zu der Erkenntnis gelangen werden, daß die von den Organen unseres Staates getroffene Entscheidung nicht zuletzt auch in Ihrem eigensten Interesse erfolgte.

Hochachtungsvoll
I. A. gez. Unterschrift

DOKUMENT 58

Der Präsident
der
Deutschen Demokratischen Republik
Präsidialkanzlei

Berlin-Niederschönhausen,
Ossietzkystr.

den . . September 1957

.....

Sehr geehrter Herr N. N.!

Zu Ihrer Eingabe an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik möchten wir Ihnen folgendes mitteilen:

Bei den Räten der Kreise sind Kommissionen für Innerdeutschen Reiseverkehr gebildet worden, die über Anträge auf Übersiedlung nach Westdeutschland in eigener Verantwortlichkeit entscheiden. Es würde den Prinzipien der Demokratie widersprechen, wollten die zentralen Organe die Entscheidung dieser Kommissionen aufheben. Die Antwort der Kommission ist für Sie verbindlich.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage
gez. Unterschrift

DOKUMENT 59

Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik
Sekretariat

Berlin N 4, den . . Juni 1958

Übersiedlung nach Westberlin

Sehr geehrte Frau!

Zunächst müssen wir Ihnen mitteilen, daß über derartige Anträge die Räte der Kreise in eigener Verantwortung entscheiden. Die Übertragung dieser Verantwortung entspricht unserer demokratischen Entwicklung, weil diese Organe durch ihre enge Verbindung mit den Werkträgern viel besser in der Lage sind, einzelne Fälle zu beurteilen, und können dementsprechend darüber auch richtig entscheiden. Wenn Ihnen der Rat des Kreises den Vorschlag machte, daß Ihr Ehemann die Möglichkeit hat, in den zu ziehen, so schließen wir uns ebenfalls dieser Meinung an.

Unser Arbeiter- und Bauern-Staat geht davon aus, daß die Übersiedlung nach Westberlin eine Unterstützung des Adenauerregimes und einen Verrat am Sozialismus darstellt. Gerade in letzter Zeit versucht der Bonner

Staat mit allen Mitteln, die Atomkriegsvorbereitung voranzutreiben, was unsagbar schweres Leid über die Menschen bringen würde. Zu diesem Zwecke treiben sie eine kriegshetzerische Politik gegen alle friedliebenden Staaten und besonders gegen die Deutsche Demokratische Republik. Sie wollen unsere Republik auf allen Gebieten schädigen und schrecken dabei vor keinen Mitteln und Methoden zurück. Sie bedienen sich dabei der militaristischen und faschistischen Organisationen und besonders der verschiedenen Spionage- und Agentenorganisationen, die versuchen, unter dem Deckmantel der Herbeiführung von menschlichen Kontakten Bürger unserer Republik abzuwerben, sie für Agententätigkeit zu gewinnen.

Das liegt nicht im Interesse unseres Staates und auch nicht im Interesse der Erhaltung und Festigung des Friedens. Unser Staat tritt aktiv für den Frieden ein. Das hat er durch seine Vorschläge und Stellungnahmen zu der Politik des Friedenslagers ständig bewiesen. Deshalb kommt es darauf an, daß unsere Deutsche Demokratische Republik immer mehr gestärkt wird.

Hochachtungsvoll
i. A.
gez. Unterschrift

DOKUMENT 60

Aus: „Unvereinbar mit unseren Interessen“

Im März ds. Js. (1958) beantragte Frau Gerda W. aus Dresden beim Rat der Stadt für sich und ihre beiden Kinder eine Genehmigung zur Übersiedlung nach Westdeutschland. Sie begründete den Antrag mit dem Wunsche, ihre Familie wieder zusammenzuführen. Der Mann war einige Monate zuvor republikflüchtig geworden und hatte Frau und Kinder kurzerhand im Stich gelassen.

Der Antrag von Frau W. wurde von unseren Behörden abgelehnt. Ist das nicht eine unbillige Härte? wird sich der eine oder andere fragen. Nein! Das ist eine richtige und verantwortungsbewußte Entscheidung, die sowohl den Interessen des Staates als auch denen der Familie W. entspricht.

Welche Beweggründe waren für den ablehnenden Bescheid ausschlaggebend? Es ist ein offenes Geheimnis, daß die aggressiven imperialistischen Kreise Westdeutschlands einen Atomkrieg gegen das friedliebende sozialistische Lager und insbesondere gegen die Deutsche Demokratische Republik vorbereiten. Alles wird in den Dienst zur Verwirklichung dieser teuflischen Pläne gestellt.

Jeder Bürger, der unsere Republik verläßt und sich in den Bonner NATO-Staat begibt — ob legal oder illegal —, stärkt zwangsläufig den westdeutschen Imperialismus, sei es heute als Arbeitskraft oder morgen als Kanonenfutter. Angesichts des Bonner Kriegskurses richtet sich das Verlassen der Republik gegen unsere staatlichen Interessen.

Doch nicht nur die staatlichen Interessen rechtfertigen eine Ablehnung, sondern es liegt auch im persönlichen Interesse dieser Frau und ihrer Kinder, ihre Heimat nicht zu verlassen. Ihr sollen die traurigen Erfahrungen jener erspart bleiben, die nicht glauben wollten und bedenkenlos ins Ungewisse führen.

Einige Zeilen aus dem Brief, den Frau Nowotny aus Westdeutschland schrieb, sollen für alle jene stehen, in denen Republikflüchtige ihren verhängnisvollen Schritt bereuten und ihre Rückkehr ankündigten.

„. . Mein größter Wunsch wäre, bald von hier wegzukommen. Habe es schon hundertmal, nein tausendmal bereut, daß ich hierblieb und mich überreden ließ. Mein